

Landkreis Vorpommern-Rügen

1. Wahlperiode

Antrag

Einreicher:

**Kreistagsmitglieder Dirk Arendt, Fanny Arendt und
Karsten Münchow**

Vorlagen Nr.:

A/1/0060

Status: öffentlich

Gremium	Zuständigkeit	Sitzungstermin
Kreistag Vorpommern-Rügen	Entscheidung	29.04.2013

Antrag der Kreistagsmitglieder Dirk Arendt, Fanny Arendt, Karsten Münchow: "Keine weitere Aufnahme von Asylbewerbern im Landkreis Vorpommern-Rügen - Geduldete Personen zügig abschieben - Asylverfahren beschleunigen"

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

1. Die Mitglieder des Kreistages verwehren sich gegen die Anordnungen/Pläne der Landesregierung sowie des Landkreises Vorpommern-Rügen, die eine weitere Unterbringung von Asylbewerbern im Landkreis Vorpommern-Rügen vorsehen und lehnen eine weitere Aufnahme von Asylbewerbern im Landkreis Vorpommern-Rügen ab.
2. Der Landrat wird aufgefordert, der Landesregierung und dem Innenminister mitzuteilen, dass der Landkreis Vorpommern-Rügen keine weiteren Asylbewerber im Landkreis Vorpommern-Rügen aufnehmen wird.
3. Der Kreistag des Landkreises Vorpommern-Rügen spricht sich gegen eine zentrale und dezentrale Unterbringung von Asylbewerbern aus. Der Kreistag stellt in diesem Zusammenhang zudem klar fest, dass die Unterbringung von Asylbewerbern mitten in einem Wohngebiet wie aktuell in Barth, Grimmen sowie anderen Städten und Gemeinden des Landkreises beabsichtigt wird ein Fehler ist, der dem Sinn und dem Zweck des Asylverfahrens widerspricht und geeignet ist, es zu unterlaufen.
4. Der Landrat wird aufgefordert, sich gegenüber den zuständigen Landesbehörden dafür einsetzen, dass rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber, die sich mit einer Duldung (§ 60a Aufenthaltsgesetz) auf dem Gebiet des Landkreises Vorpommern Rügen aufhalten, unverzüglich in ihre Herkunftsländer abzuschieben.
5. Der Landrat nimmt Kontakt zum Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bzw. zum zuständigen Verwaltungsgericht verbunden mit der Bitte auf, die Asylverfahren zu beschleunigen und gegebenenfalls, die am zuständigen VG in Asylsachen tätigen Richterarbeitskraftanteile zu erhöhen.
6. Der Landrat informiert zudem den Kreistag über alle Einzelheiten der Ergebnisse fortlaufend und zeitnah, jedoch spätestens zur nächsten Sitzung des Kreistages.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

i.A. Dirk Arendt
 Kreistagsmitglied